

Öffentliches Kommuniqué

An die öffentliche Meinung

Wir Familienangehörigen der verschollenen Gefangenen informieren die Öffentlichkeit, daß wir am heutigen Tag, dem 20. Juli 1977 dem Präsidenten der Republik General Augusto Pinochet Ugarte ein Dokument überreicht haben, in dem wir die Schwere des Problems dargelegt haben, das hunderte von Familienangehörigen betrifft, die wie wir einen gefangen genommenen und verschollenen Angehörigen haben. Unser Gesuch beruht auf der Notwendigkeit, ihr Leben zu retten. Mit diesem Dokument legen wir die Notwendigkeit dar, eine Antwort zu erhalten, die Ruhe und Gelassenheit in unsere Heime trägt. Wir fordern eine Antwort darauf, wo unsere Angehörigen sind, um sie unter den Schutz der Justiz zu stellen.

Wir fügen den Text des Dokuments bei.

Santiago, den 20. Juli 1977

Komitee der Familienangehörigen der
verschollenen politischen Gefangenen
Chile

Seiner Exzellenz dem Herrn Präsidenten der Republik
General Augusto Pinochet Ugarte.

Hochverehrter Herr Präsident!

1. GRUND DIESES GESUCHS: DAS SCHEITERN DER SCHRITTE, DIE UNTERNOMMEN
WURDEN, UM DIE VERSCHOLLENEN PERSONEN AUFZUFINDEN

Indem wir vom Petitionsrecht Gebrauch machen, das seine Gültigkeit durch die Verfassungsakte Nr. 3 beibehalten hat und gleichzeitig bestärkt durch die Bedeutung und Gerechtigkeit der Angelegenheit, die wir vertreten, haben wir beschlossen, uns an Eure Exzellenz zu wenden, um ein Problem darzulegen, das sogar die nationale und internationale öffentliche Meinung bewegt hat und das uns außerdem auf direkte und grausame Weise betrifft.

Wir beziehen uns auf die Situation unserer Angehörigen und hunderter Chilenen, die - nachdem sie von Funktionären der DINA oder anderer Sicherheitsorgane der Streitkräfte festgenommen worden waren - spurlos verschwanden, wobei alle Schritte, die bisher unternommen wurden, um sie aufzufinden, erfolglos waren.

Vorausschickend halten wir es für angebracht, Eurer Exzellenz nochmals zu versichern, daß wir, bevor wir dieses Gesuch formuliert haben, alle Möglichkeiten des Instanzenweges, die die rechtliche und institutionelle Ordnung festlegt, erschöpft haben, um die mutmaßliche Vergehen, die mit dem Verschwinden unserer Angehörigen im Zusammenhang stehen, zu erforschen. Es wurden bei den Gerichten, den Verwaltungsinstanzen und den entsprechenden Sicherheitsorganen praktisch alle Klagen erhoben und Rechtsmittel eingelegt, die die Gesetze zu-

billigen. Unzählige Haftfeststellungsanträge, Anzeigen, Ermittlungsverfahren und Schriftstücke jeder Art haben sich bis heute angehäuft, ohne daß der Ring des Schweigens, der das Schicksal unserer Familienangehörigen umgibt, hätte durchbrochen werden können. Wir haben konsequent alle vorherigen Etappen durchlaufen, so daß es nicht richtig wäre, wenn dieses Gesuch mit dem Bemerkten abgewiesen würde, daß es andere Organe und Institutionen gibt, an die wir uns wenden können.

Wenn wir uns jetzt an Eure Exzellenz wenden, so geschieht das, weil alle unsere Bemühungen vergeblich waren, da die Behörden und Organe, denen es zukam unsere Anzeigen zur Kenntnis zu nehmen, nichts mehr tun können. Ebensowenig konnte die internationale Vermittlung erreichen, die lebhaft um die Fälle des Verschwindens von Personen, die seit dem Militärputsch am 11. September 1973 aufgetreten sind, besorgt ist.

Wir halten den Augenblick für gekommen, Ihr Eingreifen zu fordern, da Sie den Rang des Obersten Führers der Nation, des Präsidenten des Ehrenwerten Regierungsausschusses und als solcher die höchste Autorität über die Leitung des Nationalen Geheimdienstes, DINA, inne haben. Ihr hohes Amt und die umfangreichen Befugnisse, über die Sie als Mandatsträger verfügen, erlauben es Ihnen, wirksame Entscheidungen zu treffen, um unsere Angst und die vieler Bürger zu beschwichtigen, die zu Recht von der Straffreiheit alarmiert sind, die diejenigen umgibt, die die Festnahmen vornehmen, und um gleichzeitig

die Beschuldigungen zurückzuweisen, die im In- und Ausland gegen die Sicherheitsorgane der Regierung, an deren Spitze Sie stehen, erhoben werden. Selten standen so hohe Werte auf dem Spiel wie die, die wir fordern, wenn wir eine Antwort auf den Verbleib unserer verschollenen Familienangehörigen erbitten. Nicht nur das Ansehen Chiles und das geistige Gut unserer Nation, die immer die Menschenrechte geachtet hat, sind in diesem Fall betroffen, sondern auch unsere humanistische und freiheitliche Tradition. Vor allem stehen die Achtung vor dem Leben und die Unverletzlichkeit des Menschen auf dem Spiel. Diese Werte sind, in bezug auf die Regierung Chiles, in Frage gestellt, vor allem bedingt durch das Fehlen einer klaren und endgültigen Antwort auf die Anklagen, die gegen sie erhoben werden. Die lange Zeit, die verstrichen ist, verschärft die Situation, weil vermutet werden kann, daß die wohlüberlegte Absicht besteht, die dramatische Realität mit dem Mantel des Vergessens zuzudecken. Nicht nur auf Grund der Größenordnung sondern auf Grund der Begleitumstände jedes Falles des Verschwindens von Personen. Wir glauben, daß Eure Exzellenz in der Lage sind, von allen Institutionen und Dienststellen, die Ihnen unterstellt sind, eine außerordentliche Anstrengung zu fordern, um ein für allemal diese Situation aufzuklären, die ohne Beispiel in der Geschichte unserer Nation ist.

2. POLITISCH LINKSGERICHTETE TENDENZEN DER VERSCHOLLENEN. FORMEN DER VERHAFTUNGEN.

Das Verschwinden von Personen ist ein Phänomen, das systematisch seit dem 11. September 1973 aufgetreten ist. In einer ersten Etappe, gleichzeitig mit den Ereignissen, die den Militärputsch am 11. September 1973 begleiteten, wurden besonders die Kreise der Bauernschaft und der Städter vom Verschwinden, ohne Ansehen der Person, betroffen, die direkt oder indirekt an der vorherigen Regierung auf dem Gebiet der gewerkschaftlichen oder politischen Aktivitäten beteiligt waren. Später, im Verlauf des Jahres 1974 und in den Monaten Januar und Februar 1975 verschwindet eine große Zahl von Mitgliedern und führenden Persönlichkeiten der ehemaligen Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), wobei sich die Fälle in den Monaten Juni - Juli und November- Dezember häufen. Hervorzuheben sind die Fälle der Herren Bautista van Schowen, Macei, Carlos Perelman Ide und Alfonso René Chanfreau Oyarce, usw. Im Januar und Februar des Jahres 1975 sind die Verschollenen Mitglieder der ehemaligen Sozialistischen Partei, von der einige ihrer hervorragendsten Führer in den Monaten Juni und Juli jenes Jahres verschwinden, wobei die Fälle der Herren Carlos Lorca Tobar, Exequiel Ponce Vicencio und Ricardo Lagos Salinas, usw. hervorzuheben sind. Zu Beginn des Jahres 1976 betrifft das Phänomen auch die Mitglieder der ehemaligen Kommunistischen Partei, wobei diese Aktion gegen die hervorragendsten ihrer Führer auch in den Monaten Mai und August fortgesetzt wurde, wie in den Fällen der Herren Víctor Díaz López, Mario Zamorano Donoso und José Weibel Navarrete, usw. und im Dezember mit dem Verschwinden weiterer 13 hoher Funktionäre dieser politischen Gemeinschaft ihren Höhepunkt fand. Im Jahre 1977 bleiben mehrere Personen, alle auf irgendeine Art mit diesen politischen Parteien verbunden, verschollen.

Eure Exzellenz können jederzeit die begründeten Angaben überprüfen, die wir bei den Gerichten bei den unzähligen Gelegenheiten vorgelegt haben, bei denen wir uns - stets erfolglos - an sie gewandt haben, um Nachforschungen über das Schicksal anzustellen, das diese Personen in den Händen der DINA oder anderer Geheimdienste der Streitkräfte erlitten haben könnten.

Die Modalitäten der Verhaftungen und des späteren Verschwindens haben sich mit der Zeit gewandelt. Anfangs wurden die Festnahmen vom Personal der Streitkräfte oder von Angehörigen des Geheimdienstes der Streitkräfte bei den militärischen Operationen vorgenommen, die in der Stadt und auf dem Land durchgeführt wurden.

Als im Jahre 1974 die DINA strukturiert und organisiert wurde, übernahmen ihre Funktionäre den größten Teil der Verhaftungen, unbeschadet der von den anderen Geheimdiensten getrennten Aktion. In dieser Etappe wird das Phänomen der Festnahmen und des späteren Verschwindens von Personen selektiver, obwohl sie in gewisser Weise offenkundig bleiben, was es erlaubte, die unzähligen Zeugenaussagen über Hausdurchsuchungen und Festnahmen, die vorgenommen werden, aufzunehmen. In einer letzten Phase erfolgen praktisch alle Verhaftungen nach ein und demselben Modell: im allgemeinen finden sie auf offener Straße statt, wobei man bestrebt ist, daß die Aktion so schnell und überraschend von statten geht, daß sie keine Spuren noch Zeugen des Vorfalls hinterläßt.

Trotz der steigenden Wirksamkeit dieser Operationen und der Geheimhaltung und Schnelligkeit, mit der man sie durchzuführen beabsichtigte, ist es immer gelungen, Zeugenaussagen und Angaben zusammenzutragen, die entschieden das Eingreifen der Agenten der DINA beweisen.

Viele andere Zeugenaussagen und Beweise wurden nach den Festnahmen aufgenommen, sei es von Gefangenen, die die Betroffenen an irgendeinem geheimen Ort für Gefangene sehen konnten, oder sei es, daß sie von anderen Häftlingen, die später die Freiheit wiedererlangten, oder von anderen Personen, die sie wiedererkannten, bei ihrer Überführung an andere Orte gesehen wurden. Viele Erklärungen sind es, die man zu geben versucht hat, um das Verschwinden von Personen zu rechtfertigen. Die Zeit und die erdrückenden gegenteiligen Beweise haben diese Versuche zunichte gemacht. Wir haben mehr als 500 Fälle von Familienangehörigen registriert, die verschollen sind. Und wir können Eurer Exzellenz versichern, daß keiner von ihnen bis heute gefunden wurde. Nur die entsetzlich zerquetschte Leiche des jungen Cedomil Lausik Glasinovic, der am .. April 1975 in seiner Wohnung verhaftet worden war, wurde am 8. Mai 1975 im Leichenschauhaus gefunden, wo weder seine Einlieferung noch die Namen der Personen registriert worden waren, die ihn dorthin gebracht hatten; und die verstümmelte Leiche von Marta Ugarte Román, die am Strand von Los Molles am 12. September 1976 auftauchte, nachdem sie am 9. August desselben Jahres festgenommen worden war. Das sind die beiden bekannten Fälle, in denen die angstvolle Suche, die die Familienangehörigen eingeleitet hatten, so wie wir noch auf der Suche unserer geliebten Wesen sind, ein Ende gefunden hat.

3. EVENTUELLES ENTSTEHEN EINES GENOZIDPHÄNOMENS

Wenn wir Eure Exzellenz auf die Parteizugehörigkeit der wichtigsten Fälle von verschollenen Personen hingewiesen haben, so geschah dies, weil wir glauben, daß ein systematischer Prozeß des politischen Genozids auftreten könnte, der zum Ziel hat, diejenigen zu beseitigen, die sich offen zu Ideen oder Lehren bekennen, die das jetzige Regime

verworfen hat, weil es sie für die nationale Sicherheit gefährdend hält. Die Liste der Namen von Fällen verschollener Personen, die von den Gerichten bestätigt wurde, beweist, daß die Geheimdienste der Streitkräfte und besonders die DINA systematisch gegen die Personen vorgegangen sind, die offen Prinzipien vertraten, die denen, auf die sich die Regierung stützt, entgegengesetzt sind. Das wiederholte Auftreten so vieler ähnlicher Fälle läßt uns vermuten, daß es sich nicht nur um eine bloße Übereinstimmung handelt. Wir sehen uns einem Prozeß gegenüber, der technisch als politisches Genozid definiert wird. Sein Ziel ist es, diejenigen, die potentiell Gegner der Regierung sein könnten, physisch in massiver Form zu beseitigen. Diese Form der Unterdrückung ist von allen zivilisierten Nationen energisch verurteilt, von den internationalen Organen als ein Verbrechen geahndet worden und wird von der gesamten Menschheit abgelehnt. Es wäre sehr hart und ungerecht für das Ansehen unseres Vaterlandes und das der Regierung selbst, an deren Spitze Sie stehen, wenn das Schweigen hinsichtlich des Problems der Verschollenen als eine indirekte Anerkennung eines so schwerwiegenden Vorwurfs, wie er nie zuvor gegen unser Land erhoben worden ist, interpretiert werden könnte. Auf Grund der dringenden Notwendigkeit, diese Beschuldigungen zurückzuweisen und nicht nur, um unseren Schmerz und unsere Angst zu beschwichtigen, bitten wir Eure Exzellenz, Maßnahmen zu verfügen, um ein für allemal jeden einzelnen Fall und alle insgesamt zu klären, die verantwortungsbewußt als "Verschwinden" bezeichnet wurden. Wir haben die Gewißheit, daß das direkte Eingreifen Eurer Exzellenz dazu beitragen wird, diese Episode aufzuklären, die unsere Nation demütigt, die stolz auf ihre demokratische Prägung und christliche Tradition ist, die die Regierung in ihrer Grundsatzklärung als ihr eigen beansprucht.

4. VERPFLICHTUNGEN, DIE VON DER REGIERUNG EINGEGANGEN WURDEN, UM DIE SACHLAGE DES VERSCHWINDENS VON PERSONEN ZU KLÄREN

Bei mehreren Gelegenheiten hat die Regierung Chiles durch Eure Exzellenz oder ihre offiziellen Vertreter Erklärungen abgegeben, mit denen sie sich verpflichtet hat, immer wenn die Umstände die Besorgnis der nationalen und internationalen öffentlichen Meinung hinsichtlich dieses Problems verschärften, die Fälle des Verschwindens von Personen zu untersuchen. Wir halten es für angebracht, diese Erklärungen in Erinnerung zu rufen, denn sie stellen für uns die besten Angaben dar, auf die wir uns berufen können, um erneut die Aufmerksamkeit auf eine Angelegenheit von so großer Tragweite zu lenken:

- a) Am 20. August 1975 kündigten Eure Exzellenz in einer Rede im Rathaus von San Bernardo an, daß Sie eine Untersuchung hinsichtlich des Falles von 119 Personen durchführen würden, die nach in der argentinischen Zeitschrift "Lea" und der brasilianischen Zeitschrift "O Dia" veröffentlichten Informationen, die von der nationalen Presse am 22. und 24. Juli 1975 abgedruckt wurden, bei Zusammen stoßen, die sich - so die eine Version - in verschiedenen Ländern Lateinamerikas ereigneten oder - nach der anderen Version - bei Gefechten mit Polizeikräften in der argentinischen Provinz Salta ums Leben gekommen sein sollen. Es sind seit dieser Ankündigung bereits zwei Jahre vergangen, aber bis heute ist das Ergebnis der von Eurer Exzellenz angekündigten Untersuchung nicht bekannt geworden.

- b) Im November 1975 erklärte der Delegierte Chiles bei den Vereinten Nationen, Herr Sergio Diez, daß der Vorwurf des Verschwindens von Bürgern "grausam ist; schlimmer als der Tod ist ~~es, nicht zu wissen, ob ein Verwandter, der Sohn oder Ehemann, der Vater tot ist oder noch lebt~~" und fügte hinzu "ich verstehe den Schmerz derer, die nichts von ihren Angehörigen wissen. Hinsichtlich dessen hat die chilenische Regierung ihre große Besorgnis gezeigt und eine erschöpfende Untersuchung der Ereignisse angeordnet". Im Falle der 119 Personen, die tot im Ausland aufgefunden wurden, wies er darauf hin, daß "die chilenische Regierung eine spezielle Untersuchung der Liste der 119 mutmaßlich Verschollenen angeordnet hat". Auch in diesem Falle hat die Öffentlichkeit keine Kenntnis von den Untersuchungen erhalten, die vom Vertreter der Regierung, an deren Spitze Eure Exzellenz stehen, versprochen wurden.
- c) 1976 informierte die Inlandspresse umfangreich über die Versicherungen, die Eure Exzellenz Herrn Hayds, Direktor des Internationalen Roten Kreuzes, gaben, das Geschehen hinsichtlich der ca. 1000 Fälle von verschollenen Personen, die diese internationale Organisation mit Sorge erfüllten, zu untersuchen. Aber man hat noch keine Kenntnis von den Ergebnissen erhalten, die infolge der von der Regierung angeordneten Untersuchungen erzielt worden sein könnten.
- d) Kürzlich, als der Hungerstreik beendet wurde, den eine Gruppe von Familienangehöriger Verschollener im Sitz der UNO in Santiago aufgenommen hatte, verpflichtete sich der Delegierte Chiles bei den Vereinten Nationen im Namen der Regierung Informationen über die 36 Fälle beizubringen, die die oben erwähnten Familienangehörigen angeprangert hatten.

5. NOTWENDIGKEIT, ANGESICHTS DER FÄLLE DES VERSCHWINDENS VON PERSONEN EINE ENDGÜLTIGE ANTWORT ZU GEBEN

Möglicherweise ist einer der Faktoren, die am schwerwiegendsten das Ansehen der Regierung belasten, die Tatsache, daß die öffentlich angekündigten Verpflichtungen zur Durchführung einer erschöpfenden Untersuchung des Verschwindens von Personen, das aufgetreten ist, seit die Streitkräfte die Staatsmacht übernommen haben, nicht zu gegebener Zeit erfüllt wurden. Dieses Schweigen stärkt die Position derer, die glauben, daß diese Versprechungen nur mit dem Ziel gemacht wurden auf irgendeine Weise die Intensität der internationalen Kampagne, die darauf gerichtet ist, die Achtung der Menschenrechte in unserem Vaterland zu erreichen, herabzusetzen. Es ist unmöglich, dieses Schweigen länger aufrecht zu erhalten, ohne noch mehr dem Ansehen der Regierung Chiles zu schaden. Nur eine definitive und bestimmte Antwort wird die kritische Atmosphäre der internationalen Ablehnung und die berechtigte Furcht breiter Kreise der Nation angesichts der Fortdauer einer Situation beseitigen, die - obwohl so hohe Werte auf dem Spiel stehen wie das Menschenleben, die Integrität und Freiheit der Menschen, was auch immer ihre Herkunft sei. - nicht die ganze Kraft mobilisieren konnte, über die die Behörden verfügen, um sie zu überwinden. Ohne diese Antwort wird es auch sehr schwer sein, unsere Furcht zu zerstreuen, daß wir einem stufenweisen Prozeß politischen Genozids gegenüberstehen, dessen Opfer unsere Familienangehörigen geworden sind. Wir beabsichtigen nicht, irgendeine Anklage zu erheben, die nicht durch leich nachzuweisende Tatsachen belegt wäre, weil wir uns bewußt sind, daß unser Verhalten wieder falsch interpretiert und von denen, die sich wei-

unseren Schmerz zu verstehen und unserer Handlungsweise nur einen politischen Inhalt geben wollen, verdreht dargestellt werden wird. Aber wir können nicht schweigen und werden es auch nicht tun, denn wir kämpfen für das, was wir am meisten lieben: das Leben unserer Angehörigen. Wir hoffen, daß Sie Maßnahmen ergreifen werden, damit eine erschöpfende und tiefeschürfende Untersuchung durchgeführt wird, die zu einer Antwort führt, die unsere Gemüter und das Land beruhigt. Seien Sie, Exzellenz, gewiß, daß wir alle in unseren Händen befindlichen Angaben beibringen werden, die notwendig sind, um diese Untersuchung zu beschleunigen, denn wir lassen uns ausschließlich von Gefühlen leiten, die jede Mutter, jeder Vater, jeder Ehemann, Bruder oder Schwester verstehen wird.

6. DIE SITUATION BETRIFFT DIE STREITKRÄFTE - NOTWENDIGKEIT, VERANTWORTLICHKEITEN ABZUGRENZEN

Nach reiflicher Überlegung haben wir beschlossen, eine Kopie dieses Briefes an die übrigen Mitglieder des Regierungsausschusses und an die öffentliche Meinung des Landes zu senden, weil wir glauben, daß der Ernst der Situation und die lange bisher verstrichene Zeit, ohne daß gebührend nachgeforscht wurde, eine Anstrengung der ganzen Nation und besonders ihrer obersten Behörden erfordern. Andererseits darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die DINA, wie es die Gesetzesverordnung 521 klar zum Ausdruck bringt, ein militärisches Organ ist, das direkt dem Regierungsausschuß untersteht. Seit dem Augenblick, in dem die Festnahmen von hunderten von Chilenen, die später verschollen sind, von diesem Organ und anderen Sicherheitsdiensten der verschiedenen bewaffneten Einrichtungen vorgenommen wurden, betrifft das Problem zutiefst die Verantwortlichkeit und das Ansehen unserer Streitkräfte. Ihnen kommt es ebenfalls zu, sich von jeder Anklage rein zu halten, die künftig gegen sie erhoben werden könnte, daß sie in diese grausame Episode der nationalen Geschichte, die die Merkmale des politischen Genozids trägt, verstrickt gewesen seien. Es ist erforderlich, daß Verantwortlichkeiten abgegrenzt werden und daß das Wirken der DINA und der übrigen Sicherheitsorgane klargelegt wird; vor allem aber ist es notwendig, daß das Verschwinden von Personen absolut und für immer aufhört. Wir sind fest davon überzeugt, daß dieser Versuch einer Aufklärung ein positives Resultat haben und gleichzeitig die letzte und endgültige Antwort auf alle Befürchtungen, Ängste und Beschuldigungen, die gegen die Regierung erhoben werden, darstellen wird. Diese Antwort wird die sein, alle Personen, deren Schicksal seit ihrer Verhaftung unbekannt ist, lebend zu übergeben. Wir haben die unumstößliche Entscheidung getroffen, weiter nach ihnen zu fragen, wo auch immer die Möglichkeit einer Antwort besteht, denn wir hegen die Sehnsucht und die Hoffnung, unsere geliebten Wesen wieder in die Arme zu schließen, sie wieder in unseren Heimen aufzunehmen und - die Tragödie, die ihr Leben umwölkte, vergessend - mit ihnen eine Zukunft frei von Bedrohungen und Ängsten zu suchen. Wir vertrauen darauf, daß Eure Exzellenz unserer Bitte entsprechen werden, dem Land die Ergebnisse der von der Regierung in Angriff genommenen Untersuchungen zum Kenntnis zu bringen und, wenn diese unvollständig sein sollten, anzuordnen, daß baldigst alle Schritte unternommen werden, die darauf abzielen, diese Situation zu klären.

Wir verbleiben in Erwartung Ihrer Antwort mit vorzüglicher Hochachtung

Komitee der Familienangehörigen der
verschollenen politischen Gefangenen
Chile

Santiago, den 20. Juli 1977

ERKLÄRUNG DER JUNTA

Die Direktion für Informationen der Regierung hält es für ihre Pflicht, die Öffentlichkeit auf folgende Tatsachen aufmerksam zu machen:

1. Daß, während die große Mehrheit der nationalen Kommunikationsmedien mit patriotischer Gesinnung und klarer Vorstellung von der Einheit aller Chilenen dem nationalen Geschehen ihre wertvolle Mitwirkung gewährt hat
2. sich trotzdem einige Medien unter Mißbrauch der Vorrechte, die die in Chile existierende uneingeschränkte Pressefreiheit der journalistischen Betätigung gewährt, in den Dienst untergeordneter politischer Interessen gestellt haben, zum Nachteil des Rechts der Bürgerschaft, richtig informiert zu werden und, was noch schwerwiegender ist, zum Nachteil der obersten Interessen des Vaterlandes.
3. Tatsächlich ist es öffentlich bekannt und offensichtlich, daß eben diese Kommunikationsmedien jedes Mal, wenn eine offizielle Zeremonie stattfindet, bei der Chile, ebenso wie seine Obrigkeit, auf die eine oder andere Art Ziel von Geringschätzung sein könnte, oder auch jedes Mal, wenn der Besuch internationaler Persönlichkeiten oder Repräsentanten befreundeter Staaten im Land angekündigt wird, beständig Angelegenheiten aufgreifen, deren Unrichtigkeit von den Gerichten des Landes wiederholt festgestellt worden ist.
4. Mehr noch, blind durch ihre politische Leidenschaft, ihre persönlichen Interessen oder die Interessen der Gruppen, denen sie dienen, gehen sie soweit, Seiner Exzellenz, dem Präsidenten der Republik Erklärungen oder Verhaltensweisen zuzuschreiben, die nicht existieren, als offensichtlichen Teil einer abgesprochenen Kampagne, an deren Spitze unser anderem die Rundfunksender Cooperativa, Santiago u.a. stehen, sowie in der Vergangenheit Radio Balmaceda, auf die die gesunde öffentliche Meinung des Landes klar hingewiesen werden muß, weil sie gegen den Willen der großen Mehrheit der Bürger vorgehen, die Tat für Tag mutig dafür kämpft, den moralischen und materiellen Bankrott zu überwinden, in den demagogische Regime das Land gestürzt haben.
5. Solche Handlungsweisen vollziehen sich in offenem Einverständnis mit Kommunikationsmedien und Personengruppen, die im Ausland kein anderes Ziel haben, als die Regierung zu stürzen, wobei sie nicht zögern, das Bild unseres Landes und die Ehre seiner Obrigkeit zu beschmutzen. Es sind die gleichen, die Waffen zusammentragen, um Chilenen zu ermorden und zu beseitigen, wenn sich die Militärbewegung nicht 1973 eingeschaltet hätte.
6. Heute wurde, als Bestätigung des oben gesagten, wie man es schon von diesen Medien und von Radio Santiago gewöhnt ist, mit dem alleinigen Ziel, öffentlichen Alarm zu verursachen, ein Dokument zitiert, das von Personen, die behaupten, Angehörige der angeblich Verschollenen zu sein, mit Absender Plaza de Armas 444, wo das sogenannte Solidaritätsvikariat seinen Sitz hat, an Seine Exzellenz, den Präsidenten der Republik gesandt wurde. Es werden darin Tatsachen angeführt, die die Folge davon waren, daß eine blutige Revolution, die vorbereitet wurde, vereitelt wurde.

7. Die Regierung ist sich darüber im klaren, daß die materiellen und geistigen Urheber dieser Kampagne, die eingeleitet wird, mit Sicherheit erneut versuchen werden, sich bei der Öffentlichkeit und bei den Gerichten als Opfer vorzustellen, um ihre verwerfliche Handlungsweise zu verbergen. Ungeachtet dessen wird unbeugsam der Weg fortgesetzt werden, den die Oberste Regierung vorgezeichnet hat, um die Normalität zu wahren, die es erlaubt, die Pläne für das gemeinsame Wohl zu erfüllen, die sie zur Wahrung der Nationlität und der Institutionen verkündet hat.
8. Die Regierung Chiles wiederholt der Bürgerschaft gegenüber, daß kein Druck, komme er woher er wolle, die souveräne Handhabung der nationalen und internationalen Angelegenheiten beeinflussen wird.